

# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Zum Denken und Fühlen ..

### Aus ALDE wurde Renew Europe

Mit großem Erstaunen las ich die begeisterte Nachricht im sFreibrief%, dass sich die liberale Fraktion im Europäischen Parlament in sRenew Europe% umbenannt hat. Nicht nur, dass das Wort liberal% damit nicht mehr vorkommt und ein Name gewählt wurde, der einen kurzfristigen Wunsch zum Ausdruck bringt und damit keinen langfristigen Bestand haben kann. Sondern der Name entspricht dem europäischen Programm des französischen Präsidenten Macron, der damit zudem alles andere als ein selbstverantwortliches und faires Miteinander von Mitgliedsstaaten auf Augenhöhe meint. Ich kann die Begeisterung unserer Partei nicht nachvollziehen, für mich kommt das einer Selbstaufgabe zugunsten der sozialdemokratischen sEn Marche% Macrons gleich.

### Armee der Europäer?

Im Europabericht der Bayerischen Staatsregierung, eine meiner Quellen, fand ich eine interessante Aussage der neuen Kommissionspräsidentin von der Leyen von vor ein paar Wochen vor dem EP in Straßburg: sVon der Leyen bekräftigte, sie sei nicht für eine seuropäische Armee%, sondern für eine sArmee der Europäer%. Sie verwies darauf, dass Entscheidungen über sgefährliche Einsätze% weiter auf nationaler Ebene fallen müssten. Die EU-Verteidigung müsse zudem skomplementär zur Nato% bleiben.%. Der Unterschied zwischen europäischer

Armee und Armee der Europäer ist mir nicht klar, aber die restlichen Aussagen nehme ich mit Erleichterung zur Kenntnis. Immer unter dem Vorbehalt, dass die Gestaltung essentieller europäischer Politik den demokratisch gewählten Regierungen der Mitgliedsstaaten vorbehalten sein sollte und nicht der Kommission als Behörde.

## Europäischer Rat

### EU-Ratspräsidentschaft: Finnlands Fahrplan für Klima- und Energiepolitik

Die finnische Regierung hat am 1. Juli bis zum Ende des Jahres die Präsidentschaft des Rates der EU übernommen. Die weltweite Führungsrolle der EU beim Klimaschutz ist eine der vier Prioritäten des Programms für die nächsten sechs Monate. Neben dem Klimaschutz sollen der Schutz der gemeinsamen Werte und der Rechtsstaatlichkeit, der Binnenmarkt und die Handelspolitik sowie die Sicherheitspolitik im Mittelpunkt der Ratspräsidentschaft stehen. Die größte Baustelle im Bereich der Klimapolitik bleibt die Verabschiedung der zentralen Bausteine einer langfristigen Klimaschutzstrategie bis zum Ende des Jahres. Die Verhandlungen im Rat auf Grundlage des Vorschlags der EU-Kommission vom November 2018 sollen vorangetrieben werden.

Treffen der Staats- und Regierungschefs sind am 17./18. Oktober und für den 12./13. Dezember geplant. Im Jahr 2020 muss die EU gemäß des Pariser Übereinkommens



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

bei den Vereinten Nationen eine langfristige Strategie einreichen.

Die finnische Regierung vertritt die Auffassung, dass die Klimaneutralität so schnell wie möglich erreicht werden muss, um die Temperaturziele des Pariser Übereinkommens zu erreichen. Finnland selbst hat sich das Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu werden. Dieses Ziel wird vor allem auch durch die CO<sub>2</sub>-Absorption durch die weitläufigen Waldflächen erreicht.

Während der Präsidentschaft soll zudem darauf hingearbeitet werden, dass die Programme des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele beitragen. Schließlich soll das Thema Kreislaufwirtschaft in zusätzlichen Sektoren vorangebracht und die neue Strategie für eine Bioökonomie umgesetzt werden.

Beim Energierat am 4. Dezember soll über das kommende Gesetzespaket zur Regulierung des Gasmarkts debattiert werden. Die Europäische Kommission und die Ratspräsidentschaft informieren zudem über die integrierten, nationalen Energie- und Klimapläne. Nach einer Erstbewertung der Entwürfe müssen alle Mitgliedstaaten bis Ende 2019 ihre finalen Pläne an die Kommission übermitteln.

## Europäische Kommission

### Westbalkangipfel in Pozna (POL)

Am 04./05.07.2019 kamen die Außen-, Innen- und Wirtschaftsminister aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und

mit Vertretern der EU und von internationalen Finanzinstitutionen zusammen, um die wichtigsten Fragen zum Annäherungsprozess der Westbalkanstaaten an die EU zu diskutieren. Der Gipfel war Teil des sogenannten Berliner Prozesses, eine Initiative mehrerer Mitgliedstaaten zur Stärkung der Zusammenarbeit der Regionen sowie zur Vorbereitung der europäischen Zukunft des Westbalkans. Die EU wurde dabei von der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, Erweiterungskommissar Johannes Hahn und Verkehrskommissarin Violeta Bulc vertreten. Die EU bekräftigte hierbei ihre enge Verbindung zu der Region und gab an, diese insbesondere hinsichtlich fünf Schlüsselbereichen vertiefen zu wollen: Verkehr und Energie, digitaler Sektor, Wirtschaft, Sicherheit und gutnachbarliche Beziehungen. Zudem solle der Europäische Integrationsprozess in der Region vorangetrieben und die regionale Zusammenarbeit sowie Zusammenarbeit zwischen Westbalkan und der EU gestärkt werden.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20190705-westbalkan\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20190705-westbalkan_de)

### EU-Vorschriften zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten

Die Kommission gab am 01.07.2019 bekannt, dass ab dem 01.07.2019 neue EU-Vorschriften in Kraft treten, die eine schnellere und wirksamere Beilegung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten ermöglichen und so doppelt besteuerten Unternehmen und Einzelpersonen das Leben vereinfachen und Steuersicherheit bieten sollen. Steuerpflichtige, die mit Steuerstreitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten zu kämpfen haben, werden durch diese neuen Vorschriften unterstützt.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

tigkeiten aufgrund bilateraler Steuervereinbarungen oder -übereinkommen konfrontiert sind, welche die Abschaffung der Doppelbesteuerung vorsehen, können nun selbst ein Verständigungsverfahren anstrengen, in dessen Rahmen die betreffenden Mitgliedstaaten versuchen müssen, den Streit binnen zwei Jahren gütlich beizulegen. Ist nach Ablauf dieser zwei Jahre keine Lösung in Sicht, kann der Steuerpflichtige die Einsetzung eines beratenden Ausschusses beantragen, der eine Stellungnahme abgibt. Tun die Mitgliedstaaten dies nicht, kann der Steuerpflichtige vor einem nationalen Gericht klagen und die Mitgliedstaaten zum Handeln zwingen. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-19-3377\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-3377_de.htm)

## Sommerprognose sieht Wachstum von externen Faktoren überschattet

Nach der am 10.07.2019 veröffentlichten Sommerprognose der Kommission werden die kurzfristigen Aussichten für die europäische Wirtschaft von externen Faktoren wie weltweiten Handelsspannungen und erheblicher politischer Unsicherheit überschattet. Diese Situation belastet nach wie vor das Unternehmerv Vertrauen im verarbeitenden Gewerbe, das von der Entwicklung des Welthandels am stärksten abhängig ist, und dürfte die Wachstumsaussichten für das verbleibende Jahr schwächen. Daher liegt die Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im EUR-Währungsgebiet im Jahr 2019 unverändert bei 1,2%, während die Prognose für 2020 angesichts des für die restlichen Monate dieses Jahres erwarteten moderateren Tempos leicht auf

1,4% gesenkt wurde (Frühjahrsprognose der Kommission: 1,5%). Die BIP-Prognose für die EU insgesamt bleibt mit 1,4% im Jahr 2019 und 1,6% im Jahr 2020 unverändert.

Die Inflationsprognosen für das EUR-Währungsgebiet und die EU wurden für dieses und das nächste Jahr um 0,1 Prozentpunkte gesenkt. Dies ist in erster Linie den niedrigeren Ölpreisen und den etwas schwächeren Wirtschaftsaussichten geschuldet. Gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex wird nun sowohl für 2019 als auch für 2020 mit einer Teuerung im Eurogebiet von durchschnittlich 1,3% gerechnet (Frühjahrsprognose: 1,4% für 2019 und 2020). Für die EU wird für 2019 eine Inflation von durchschnittlich 1,5% und für 2020 von 1,6% vorhergesagt (Frühjahrsprognose: 1,6% für 2019 und 1,7% für 2020).

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-19-3850\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-3850_de.htm)

## Bericht zur frühkindlichen Bildung

Die Kommission hat am 04.07.2019 ihren neuesten Bericht über Schlüsseldaten zur frühkindlichen Bildung in der EU veröffentlicht ("Key Data on Early Childhood Education and Care in Europe"). Demnach beginnen in Europa die meisten Kinder im Alter von 6 Jahren mit der Grundschule. Im Durchschnitt besuchten 34%, sprich etwa 5 Mio. Kinder unter 3 Jahren frühkindliche Bildungsangebote. Nur sieben Mitgliedstaaten (DNK, DEU, EST, LET, SLO, FIN und SWE) sowie Norwegen garantierten für jedes Kind von klein auf (6 bis 18 Monate) einen Platz in einer öffentlich finanzierten



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Bildungseinrichtung. Für ältere Kinder sei die Zugänglichkeit deutlich besser. Fast die Hälfte der europäischen Länder garantiere einen Platz in der frühkindlichen Bildung ab dem Alter von 3 Jahren, wobei eine wachsende Zahl von Ländern im Laufe der letzten Jahre die frühkindliche Bildung obligatorisch gemacht habe. Damit sei nun der Benchmark für die allgemeine und berufliche Bildung (ET 2020) erreicht, nach dem mindestens 95% der Kinder ab dem vierten Lebensjahr an der frühkindlichen Bildung teilnehmen sollten. Eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung für Kinder unter 3 Jahren sei in vielen europäischen Ländern noch nicht verfügbar. Klar definierte Bildungsinhalte für alle Kinder, die von hochqualifiziertem Personal vermittelt und durch konsequente Politik unterstützt würden, fänden sich vor allem in den nordischen und baltischen Regionen.

[https://eacea.ec.europa.eu/nationalpolicies/eurydice/sites/eurydice/files/kd\\_ecec\\_2019\\_report\\_en.pdf](https://eacea.ec.europa.eu/nationalpolicies/eurydice/sites/eurydice/files/kd_ecec_2019_report_en.pdf)

## 61,5 Mio. EUR für Flüchtlinge in Nordafrika bereitgestellt

Am 03.07.2019 stellte die Kommission 61,5 Mio. EUR aus dem Treuhandfonds für Afrika zur Unterstützung von Hilfsbedürftigen in Nordafrika, insbesondere Libyen, bereit. So sollen Flüchtlinge in den Aufnahmeländern besser geschützt und die Integration in die Sozial- und Bildungssysteme unterstützt werden. Das beschlossene Paket umfasst fünf konkrete Einzelinitiativen. Mit 23 Mio. EUR werden Maßnahmen für einen verstärkten Schutz und bessere Resilienz

hilfsbedürftiger und gefährdeter Flüchtlinge in Libyen sowie eine bessere Migrationssteuerung unterstützt. 18 Mio. EUR sollen der Stärkung libyscher Behörden insbesondere in Kommunen dienen, die besonders von Migration und bewaffneten Konflikten betroffen sind. Mit 12 Mio. EUR wird das laufende Entwicklungs- und Schutzprogramm der EU durch die Schaffung von inklusiven Dienstleistungen und Arbeitsplätzen auf Gemeinschaftsebene unterstützt. Mit 5 Mio. EUR wird ein regionales Programm für Unternehmertum zur Stärkung der in Europa lebenden afrikanischen Diaspora gefördert. Schließlich werden die Mittel für Tätigkeiten im Rahmen der Fazilität für technische Zusammenarbeit um 3,5 Mio. EUR aufgestockt. Die EU hat damit in Nordafrika insgesamt 647,7 Mio. EUR in über 30 Programmen investiert.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20190703-nothilfefonds-nordafrika\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20190703-nothilfefonds-nordafrika_de)

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_19\\_3461](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_19_3461)

## Kommission veröffentlicht Ausblick auf die Agrarmärkte

In ihrem neuesten Prognosebericht zur Entwicklung der Agrarmärkte 2019/2020 geht die Kommission von einer Getreideproduktion von 311 Mio. t aus (Weizen + 10 %, Gerste + 7 %, Mais + 0,5 %). Mit 18,3 Mio. t erreicht die Zuckerproduktion voraussichtlich ein Plus von 4 %. Für den Zeitraum von 2019/2020 wird jedoch mit einem Rückgang der Zuckerrübenanbaufläche um 4 % auf 1,67 Mio. ha gerechnet. Für Ölsaaten erwartet die Kommission einen Ertrag von 32,3 Mio. t. Dies entspricht einem Rückgang um 10 % im Vergleich zu den



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Vorjahren und ist wohl auf die Verkleinerung der EU-Rapsanbauflächen auf 11,5 Mio. ha zurückzuführen. Im Milchsektor wird ein Produktionsanstieg um 1 %, bei den Exporten eine Erhöhung um 4 % erwartet. Aufgrund der fortgesetzten Nachfrage nach Magermilchpulver und den geleerten Interventionsbeständen wird von einem Anstieg der Magermilchpulver-Produktion um 5 % Anfang 2020 ausgegangen. Im Rindfleischbereich werden zusätzliche Absatzmöglichkeiten in neuen und bereits bestehenden Märkten die Exporte um 15 % erhöhen. Im Gegensatz dazu werden Herdenverkleinerungen voraussichtlich einen Rückgang der EU-Schlachtungen im 1,1 % bewirken. Den Exporten von Schweinefleisch wird eine Steigerung um 12 % (vor allem nach China) prognostiziert und damit auch eine Erholung der Preise. Eine erste Erhöhung der Produktion um 1,4 % wird jedoch erst für das Jahr 2020 erwartet.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/short-term-outlook-summer2019\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/short-term-outlook-summer2019_en.pdf)

## Europäisches Parlament

### Ausschüsse konstituieren sich

Nach den ersten Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments konstituierten sich die insgesamt 22 Ausschüsse des EP. Fünf Deutsche erhielten einen Vorsitz. Weitere zwölf deutsche Abgeordnete wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden ernannt. David McAllister (CDU/EVP), ehemaliger Ministerpräsident von Niedersachsen, leitet

bereits seit 2017 als Nachfolger von Elmar Brok (CDU) den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) und wurde erneut für zweieinhalb Jahre gewählt. Der Sozialdemokrat Bernd Lange (SPD/S&D) wird, wie bereits in der vergangenen Legislaturperiode, in der ersten Hälfte der neuen Legislaturperiode den Ausschuss für internationalen Handel führen (INTA).

Norbert Lins (CDU/EVP) wurde Vorsitzender im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI), in dem er bereits die letzten zweieinhalb Jahre Vollmitglied war. Dem Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) wird in Zukunft Sabine Verheyen (CDU/EVP) vorsitzen. Seit sie 2009 erstmalig ins EP einzog war sie Mitglied des Kultur- und Bildungsausschusses und wird diesen nun erstmalig leiten.

Den fünften deutschen Vorsitz bekam Monika Hohlmeier (CSU/EVP), die seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments ist. Sie wird zukünftig Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses sein und damit Nachfolgerin der ausgeschiedenen Abgeordneten Ingeborg Gräßle (CDU).

### FDP Ausschussmitgliedschaften im EP

Die Renew Europe Fraktion hat sich zwischenzeitlich konstituiert. Auch die Sprecherposten bzw. Ausschussmitgliedschaften der FDP-Delegierten stehen nun fest: MdEP - Mitglied im Ausschuss - (Stellvertreter im Ausschuss)

- Andreas Glück: Umwelt, Außen
- Jan-Christoph Oetjen: Verkehr und Tourismus, Bürgerliche Freiheiten (Innen)





- Moritz Körner: Bürgerliche Freiheiten, (Innen) Haushalt
- Nicola Beer: Industrie, Forschung, Energie, Wirtschaft und Währung
- Svenja Hahn: Binnenmarkt, Handel

## Europol

### Terrorismusbericht 2018

Am 27.06.2019 hat Europol für das Jahr 2018 einen Situations- und Trendbericht zu terroristischen Vorfällen und Aktivitäten in der EU veröffentlicht. Der Bericht wurde auf Verlangen des Europäischen Parlaments erstellt.

Der Terrorismus stellt auch in 2018 eine große Sicherheitsbedrohung in den Mitgliedstaaten dar. Es wurden insgesamt 13 Menschen bei Anschlägen in der EU getötet und viele weitere verletzt. Alle Angriffe waren dschihadistischer Natur, die genaue Motivation des Täters und die Verbindungen zu anderen radikalisierten Personen bleiben jedoch meist unklar. Im Vergleich zu 2017 ist die Anzahl der Angriffe und die Zahl der Opfer deutlich gesunken. Die Anzahl an vereitelten jihadistischer Terroranschläge hat jedoch deutlich zugenommen. Es wurden insgesamt 16 jihadistische Terroranschläge vereitelt. Die Bedrohung durch den Terrorismus hat somit laut dem Bericht nicht abgenommen, sie ist nur komplexer geworden.

Der Bericht kommt unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

~ Die EU-Mitgliedstaaten meldeten insgesamt 129 vereitelte, gescheiterte und erfolgreiche Terroranschläge. Im Jahr 2017 lag die Zahl bei 205, was einem starken

Rückgang entspricht. Es wurden insgesamt 1056 Personen wegen des Verdachts auf terrorismusbezogene Straftaten verhaftet. Im Jahr 2017 lag die Zahl bei 1219.

~ Personen mit kriminellem Hintergrund sind anfälliger für Radikalisierung.

~ Anweisungen zur Herstellung von Waffen und Sprengstoffen sind leichter zugänglich geworden.

~ Die Online-Präsenz des IS ist trotz Verringerung des eigenen Territoriums stabil geblieben. Während die IS-Online-Propaganda technologisch hochentwickelt war und Hacker sich mit verschlüsselten Kommunikationstools auskannten, waren die Möglichkeiten und Techniken der Gruppe für Cyberangriffe rudimentär. Im Jahr 2018 ist auch sonst keine Gruppierung mit der Fähigkeit Cyberangriffen zu verüben, entstanden.

~ Die Mitgliedstaaten fürchten, dass die abnehmende territoriale Kontrolle des IS zu einer Erstarkung der Terrorgruppe Al-Qaida führen wird.

~ Die Zahl der europäischen terroristischen Kämpfer, die in die Konfliktzonen reisen oder versuchen zu reisen, war 2018 sehr gering. Der Schwerpunkt der jihadistischen Netzwerke hat sich auf die Durchführung von Aktivitäten innerhalb der EU verlagert.

~ Wie in den Vorjahren waren 2018 ethnonationalistische und separatistische Terroranschläge in der EU weitaus zahlreicher als andere Arten von Terroranschlägen. Die Zahl der rechts- und linksextremistischen Anschläge und Verhaftungen blieb relativ gering und beschränkte sich auf wenige Länder. Die Zahl der Verhaftungen im Zusammenhang mit Rechtsterrorismus blieb

# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

zwar relativ niedrig, stieg jedoch stark an und verdoppelte sich das zweite Jahr in Folge. Die gewalttätige rechtsextremistische Szene ist auf nationaler Ebene und unter den EU-Mitgliedstaaten sehr heterogen.

## Auswahl und Redaktion:



### **Dagmar Weiner**

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und  
OV Neu-Isenburg  
Mitglied im Landesfachausschuss Internationale Politik

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg  
E-Mail: [d.weiner@fdp-kreis-of.de](mailto:d.weiner@fdp-kreis-of.de)

*Ausgabe 4/2019, 17. Juli 2019*

